

Virginia Kimey Pflücke • Heike Jacobsen*

Keine Zukunft ohne Kohle?

Industrialistische Orientierungen gefährden einen geschlechtergerechten Strukturwandel in der Lausitz

Zusammenfassung: Der Artikel fragt nach den geschlechtsspezifischen Aspekten des Strukturwandels in der Lausitz. Anhand der Entwicklung des Braunkohlebergbaus werden die Auswirkungen des postsozialistischen Übergangs auf Frauen auf dem Arbeitsmarkt herausgearbeitet. Die Kohleindustrie beschäftigte in der DDR viele weibliche Arbeitskräfte; nach der Wende waren diese im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. In den 1990er-Jahren verließen viele junge Frauen die Region, was jedoch nicht zur Intensivierung der Gleichstellungspolitik führte. Im Gegenteil herrscht bis heute ein starker Industrialismus vor und die geschlechtsspezifische Dimension des Kohleausstiegs droht ein zweites Mal vergessen zu werden.

Schlagwörter: Geschlechterverhältnisse, Industrialismus, Kohleausstieg, Lausitz, Strukturwandel

No Future without Coal?

Industrialist Orientations Endanger a Gender-Equal Structural Change in Lusatia

Abstract: The article examines the gender-specific aspects of structural change in Lusatia. Based on the development of lignite mining, the effects of the post-socialist transition on women in the labor market are elaborated. In the GDR, the coal industry employed many female workers, but after the fall of the Berlin Wall, they were more affected by unemployment compared to their male counterparts. In the 1990s,

* Virginia Kimey Pflücke  ist promovierte Soziologin und forscht derzeit an der BTU Cottbus-Senftenberg zur Verschränkung von Arbeits- und Geschlechterverhältnissen im Kohleausstieg in Ostdeutschland. Sie ist seit Jahren aktiv in feministischen Kollektiven und arbeitet zu Themen der Kritischen Theorie und Arbeitssoziologie. | Heike Jacobsen  ist Soziologin und Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Arbeitssoziologie der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU). Forschungsschwerpunkte: Soziologie der Dienstleistung, Strukturwandel am Arbeitsmarkt, Transdisziplinäre Forschung.

many young women left the region, but this did not lead to a stronger gender equality policy. On the contrary, strong industrialism prevails to this day, and the gender dimension of the coal phase-out is in danger of being forgotten for a second time.

Keywords: Coal Phase-Out, Gender Relations, Industrialism, Lusatia, Structural Change

Unmittelbar nach der deutschen Vereinigung brachen in den neuen Bundesländern sehr viele Arbeitsplätze weg. Die damit verbundenen Erfahrungen prägen bis heute den Blick auf aktuelle und künftige Herausforderungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. In den ostdeutschen Braunkohleregionen entstand aus diesen Krisenerfahrungen und der Konfrontation mit neuen Anforderungen eine besondere Konstellation. In diesem wirtschaftlich und kulturell außerordentlich prägenden Wirtschaftszweig brachen innerhalb kürzester Zeit 90 Prozent der Arbeitsplätze weg. Die heute noch verbliebenen Arbeitsplätze werden nach dem Beschluss der »Kohlekommission« spätestens 2038 verschwunden sein.

Um diesen Kohleausstieg ranken sich vielfache energie- und klimapolitische Konflikte. Sie werden begleitet von einer zugespitzten »sozial-ökologischen« Konfliktkonstellation, in der vor allem die Interessen der Beschäftigten an sicheren Arbeitsplätzen den Notwendigkeiten einer Transformation zu einer ökologisch verträglichen Wirtschafts- und Lebensweise entgegengesetzt werden. Diese Konfliktkonstellation, so zeigen wir in diesem Beitrag, verbleibt innerhalb der sowohl in West- als auch in Ostdeutschland tradierten Bahnen, wobei die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale der Braunkohleregionen industrialistisch verkürzt werden. Vernachlässigt wird dabei insbesondere die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse und der sozialen und kulturellen Infrastrukturen für den Erfolg von Strukturfördermaßnahmen.

Wir zeichnen zunächst die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Braunkohlewirtschaft in Ostdeutschland nach und skizzieren insbesondere die Geschlechterverhältnisse in dieser Branche (1). Im zweiten Schritt fragen wir, wie im Bericht der Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung« (Kohlekommission 2019) das Geschlechterverhältnis im Strukturwandel behandelt wird und welche Zukunftsvisionen insbesondere für den Arbeitsmarkt, aber auch für die regionalen Gesellschaften im Ganzen entworfen werden, und welche andere Perspektive es von Seiten der regionalen Zivilgesellschaft darüber hinaus gibt (2). Wir interpretieren die Befunde als Ausdruck eines fortbestehenden »Industrialismus« (Baethge 2001) in der aktuellen politischen Diskussion um einen erfolgreichen Strukturwandel, der

andere Sichtweisen ausblendet (3), und ziehen schließlich Folgerungen für seine mögliche Überwindung (4).

1. Die Braunkohlewirtschaft in Ostdeutschland: Vom Aufstieg über den Niedergang in eine ungewisse Zukunft

Innerhalb des ersten halben Jahrzehnts nach der Vereinigung (1991–1996) machten ca. 40 Prozent der ostdeutschen Erwerbstätigen die Erfahrung von Arbeitslosigkeit (Goedicke 2006 nach Mau 2019: 153). Schon nach der ersten Dekade der deutschen Einheit konstatierten west- wie ostdeutsche Soziologen: »Der Verlust der Erwerbsarbeit ist die subjektive Schlüsselerfahrung der ›Wende‹. Als Tatsache und als Bedrohung prägt die Arbeitslosigkeit den Blick der Menschen in Ostdeutschland auf die neue Gesellschaft und bestimmt maßgeblich ihre (politischen) Urteile und Haltungen gegenüber der veränderten sozialen und wirtschaftlichen Ordnung« (Vogel 1999: 15; vgl. auch Pollack 1997). Die massenhaft erfahrene, plötzliche und oftmals nie ganz überwundene Arbeitslosigkeit hinterließ »Spuren [...] im Bewußtsein« (Vogel 1999: 21), mit denen »Politik gemacht wird – und zwar in der Regel zu Lasten der Arbeitenden« (ebd.): »Diese Verbindung von sozialer Brüchigkeit und Verletzbarkeit im Zentrum und sozialer Ausschließung und Auflösung an den Rändern der Arbeitsgesellschaft bildet eine tragfähige Grundlage für die Entstehung sozialer und politischer Turbulenzen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit die ostdeutsche Gesellschaft und mit ihr auch die Gesellschaft Gesamtdeutschlands zukünftig beschäftigen werden« (ebd.).

Zwei Jahrzehnte später wurden diese Beobachtungen und Erwartungen in der Diagnose einer »gesellschaftlichen Fraktur« (Mau 2019) zugespitzt. Mit diesem grundlegenden Bruch des gesellschaftlichen Zusammenhangs ging ein »Ver-Geschlechtlichungsprozess« einher, in dem sich »strukturelle Asymmetrien des bundesdeutschen Arbeitsmarktes zu Ungunsten von Frauen« in Ostdeutschland (Nickel 1999b: 263) verstärkten.

In den ostdeutschen Braunkohleregionen war der »gesellschaftliche Tsunami« (ebd.: 150) des Zusammenbruchs des Erwerbssystems in besonderer Weise geprägt von den bereits damals sichtbaren und auch schon in den letzten Jahren der DDR umkämpften umwelt-, energie- und klimapolitischen Problemen dieses Wirtschaftszweigs. Der heutige Kohleausstieg in Ostdeutschland kennzeichnet das Ende einer Ära: Die Lausitz und das Mitteldeutsche Revier waren seit Beginn des 20. Jahrhunderts Zentren der fossilen Energieproduktion und damit des wirtschaftlichen Wachstums. Im Nationalsozialismus wurden die Braunkohleunternehmen integriert in die staatliche Rüstungsindustrie, wo sie als »Mammutlieferanten« von Braunkohlebriketts

für die Wehrmacht dienten (Förster 1990: 84).¹ Durch das Ende des Krieges, den Verlust der oberschlesischen Steinkohlegebiete nach 1945 an Polen und durch die technologisch verbesserte Verwertung der Braunkohle wuchs die Bedeutung der zwei ostdeutschen Reviere; die DDR fand hierin gar die »Basis« ihrer »Leistungskraft«. ² Die Lausitzer Städte beispielsweise wuchsen um ein Vielfaches an junger Bevölkerung, ³ die hier ein gutes Einkommen, aber auch neuen Wohnraum und attraktive Infrastruktur fand.

Mit der Abwicklung der Industrie in Ostdeutschland in den frühen 1990er-Jahren wurden die Braunkohlekominate veräußert, Kohlekraftwerke geschlossen und Tagebaue stillgelegt. Der Abbau industrieller Produktionskapazitäten und die massive Arbeitslosigkeit griffen auch im Lausitzer Revier, das zuvor als Motor der DDR-Wirtschaftskraft galt, fundamental in die bis dahin als stabil betrachteten Gefüge ein: Zunächst wurden die DDR-Kominate Braunkohlekraftwerke und Verbundnetze Energie bis 1991 umgewandelt und zur Vereinigten Energiewerke AG (VEAG) fusioniert. 1994 verkaufte die Treuhand sie an ein Konsortium westdeutscher Aktiengesellschaften. 2001 wurden sie zum Eigentum des schwedischen Energiekonzerns Vattenfall. 2016 erfolgte der Verkauf und die Umwandlung der Vattenfall Europe Mining AG in die Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) – eine tschechische Holding-Gesellschaft, die seitdem die Braunkohletagebaue und -kraftwerke in der Lausitz betreibt.

Waren 1989 in der Lausitz über 79.000 und in Mitteldeutschland 59.800 Menschen in der Braunkohle beschäftigt, blieben davon 2022 noch knapp 7.700 respektive 1.800 Beschäftigte (siehe Abb. 1). Die Förderung der Braunkohle brach von 195 Millionen Tonnen 1989 auf etwa 43 respektive 13 Millionen Tonnen im Jahr 2020 ein (siehe Abb. 2).⁴ Dieser Rückgang der Kohleförderung und der daran gebundenen Nutzung der Braunkohle zur Erzeugung von Strom und Wärme trugen erheblich zu den damals bereits fest vereinbarten Einsparungen von CO₂-Emissionen bei: Im Vergleich zu 1990 wurde in

1 Förster (1990: 85) belegt in seinen Studien über die Geschichte der Braunkohle in der Lausitz die »Arisierung« der Braunkohlenwerke in den 1930er-Jahren ebenso wie die »Massenausbeutung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern« nach Beginn des Zweiten Weltkriegs mit Archivquellen. Auch die Ausbeutung der Sorb:innen in der Kohle seit Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Nationalsozialismus hat er darin festgehalten.

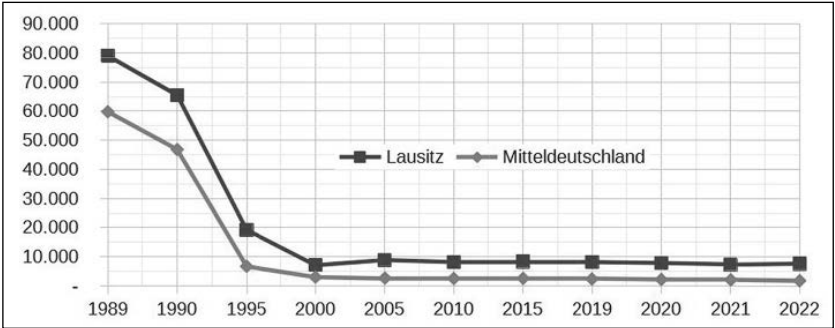
2 »Wenn Braunkohle zu Eis wird... Technischer Rückstand gerät jetzt zum Vorteil«, <https://www.zeit.de/13.3.1981>.

3 Hoyerswerda in der Oberlausitz wuchs von weniger als 7.000 Einwohner:innen 1945 auf fast 70.000 im Jahr 1989; Cottbus in der Niederlausitz von fast 38.000 Einwohner:innen auf knapp 129.000. Gerade im Vergleich mit vielen Regionen und Städten, die unter massivem Bevölkerungsverlust litten, ist die Sogwirkung der Kohleindustrie innerhalb der DDR kaum zu überschätzen.

4 In den Jahren 2021 und 2022 stieg die Förderung wieder leicht: Sie betrug zuletzt 48,5 Millionen Tonnen in der Lausitz.

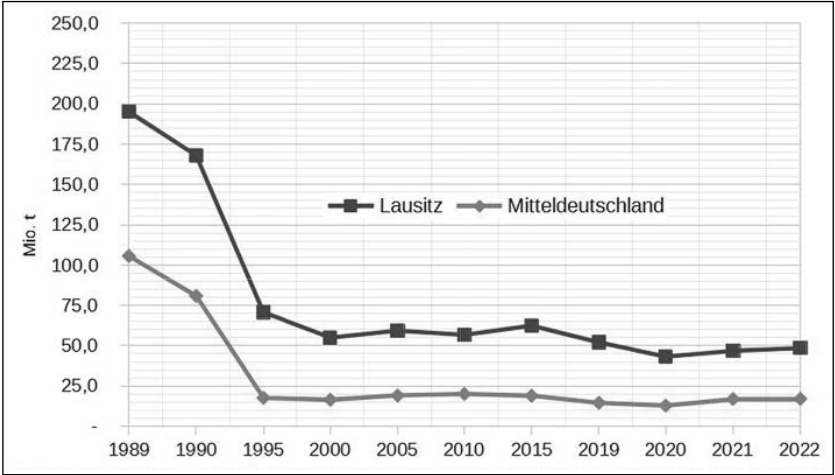
der Energiewirtschaft ein Rückgang der Emissionen um 53 Prozent erreicht, der überwiegende Teil des gesamten Emissionsrückgangs in Deutschland ist damit auf diesen Bereich zurückzuführen. Einen besonderen Beitrag leistete dazu die Kohlewirtschaft mit großen Einsparungen in der Stein- und Braunkohle (BMWK 2021). Der Strukturbruch in der Braunkohlewirtschaft erfüllte damit also bereits ein übergeordnetes klimapolitisches Ziel. Die aktuellen Beschlüsse zum endgültigen Kohleausstieg knüpfen auch in dieser Hinsicht an die damaligen Erfahrungen an.

Abb. 1: Beschäftigte in der Kohle in Ostdeutschland 1989–2022



Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft (2022).

Abb. 2: Förderung von Braunkohle in Ostdeutschland 1989–2022



Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft (2022).

Im Schatten dieser komplexen Entwicklungen aus dem Verlust sehr vieler und zudem kulturell und politisch bedeutsamer Arbeitsplätze steht die Tatsache, dass auch in den Braunkohleregionen die weiblichen Beschäftigten verschiedener Industriezweige als erste ihre Arbeitsplätze verloren (Vogel 1999: 17f.). Die Arbeitslosenquoten der ostdeutschen Frauen waren über das gesamte erste Jahrzehnt nach der Vereinigung viel höher und in manchen Jahren mit mehr als 20 Prozent doppelt so hoch wie die der Männer (vgl. Goe-dicke/Trappe 2002: 28). Insbesondere in der Textil- und Bekleidungsindustrie gingen unmittelbar nach der Vereinigung ca. 80 Prozent der Arbeitsplätze verloren: Das bedeutete einen Rückgang von ca. 330.000 1990 auf 80.000 1992 (vgl. Lieder 1995: 204). Betroffen waren davon wiederum vorwiegend Frauen, deren Anteil zwei Drittel der Beschäftigten betrug. Diese Verluste waren erheblich größer als die in der Braunkohlewirtschaft, haben jedoch weder damals noch heute vergleichbare Aufmerksamkeit gefunden.

In der Braunkohle, einer »Branche, die wie kaum eine zweite prototypisch für »Männerarbeit« ist« (Schütte u.a. 1995: 143), waren in der DDR zwischen 30,4 Prozent (im Mitteldeutschen Revier) und 52 Prozent (Lausitzer Revier) der Beschäftigten weiblich (ebd.: 9). Frauen fanden sich dabei nicht nur in den kaufmännischen und verwaltenden Funktionen, sondern waren auch in der Kohleförderung und -verarbeitung zu finden. Eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte und am damaligen Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund durchgeführte Studie stellte fest, dass in der DDR »Frauen im Braunkohlebergbau annähernd gleich gut qualifiziert worden sind wie Männer« (ebd.: 146), dass sie »hier in die produktiven Kernbereiche vordringen konnten und dass es – mit Ausnahme von Schwerstarbeiten und Arbeitsplätzen mit extrem hoher Umweltbelastung – keine starren Segmentationslinien zwischen Männer- und Frauenarbeit«⁵ (ebd.: 48) gab. Eine wichtige Ausnahme stellten Leitungspositionen dar, in die Frauen kaum vordrangen (ebd.: 148).

Kohlearbeiterinnen identifizierten sich mit ihrer Arbeit, selbst wenn sie seltener durch eigenen Anstoß in dieser Branche tätig geworden waren als durch die Berufslenkungs politik der DDR (ebd.). Nach Aussage der weiblichen Beschäftigten war ein Faktor hierbei die Vereinbarkeitspolitik, die es ermöglichte, die »Orientierung auf Erwerbsarbeit (selbst unter härtesten, »männlich« strukturierten Arbeitsbedingungen) [...] nicht oder nur ansatzweise als

5 Der Ausschluss von Frauen aus schwersten körperlichen und gesundheitlich belastenden Tätigkeiten war eine Folge der Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen in der DDR. In Interviews bedauern die Frauen diesen besonderen Schutz nicht. Schütte u.a. (1995: 58) weisen jedoch auf den »Doppelcharakter« der Bestimmungen als Schutz und Hemmschuh hin.

Gegensatz zur Mutterschaft und zur Familienarbeit« (ebd.: 151)⁶ auszuleben. Neben Einrichtungen wie Kinderbetreuungsangeboten und Kantinen gehörten in der Braunkohle zu den gleichstellungspolitisch bedeutsamen Maßnahmen weitere Leistungen wie: Zusatzurlaub, eine höhere Entlohnung (für Alleinerziehende von großer Bedeutung), der Zugang zu betrieblichen Ferieneinrichtungen, für die Tagschichtarbeitenden zusätzlich bereitgestellte sogenannte »Mutti-Busse« (ebd.: 58), die mit den Öffnungszeiten der Krippen abgestimmt waren, und von achtdreiviertel auf acht (oder sechs) Stunden verkürzte »Mutti-Schichten« (ebd.) ohne Verdiensteinbußen. Auch der erleichterte Wechsel vom Dreischichtbetrieb auf einen Tagschichtarbeitsplatz (mit geringen Einbußen) und zurück war insbesondere für junge Mütter attraktiv (ebd.: 48). Insgesamt wurde in den Maßnahmen und der Behandlung durch Leitung und männliche Kollegen die »gesellschaftliche Anerkennung der familiären Belastungen von erwerbstätigen Müttern« (ebd.: 59) spürbar und führte zu mehr Solidarität und weniger Konkurrenzdruck zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern.

Das Geschlechterarrangement in der Braunkohlebranche der DDR unterschied sich somit bis 1989 sehr vom Leitbild der männlich gedachten Industriearbeit bei gleichzeitiger konservativer Familienpolitik im Westen. Dort kamen »Frauen im öffentlichen Bewußtsein vor allem als Bergarbeiterfrauen vor, die zugunsten der Reproduktion der Arbeitskraft ihrer Männer zumeist auf eine eigene Erwerbstätigkeit verzichteten« (ebd.: 9) und dementsprechend weitaus weniger häufig erwerbstätig waren als die Frauen im übrigen Bundesgebiet (vgl. Jacobsen 1994).

Doch das Leitbild der Politik und das öffentliche Bewusstsein gerieten mit der »Wende« auch in der Braunkohlebranche unter Veränderungsdruck: Bereits in den ersten vier Jahren nach der Wende verringerte sich der Frauenanteil auf 23 Prozent in der LAUBAG (Lausitzer Braunkohle AG) beziehungsweise 24 Prozent in der MIBRAG (Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH) (Schütte u.a. 1995: 151); heute liegt er noch bei 18 Prozent (LEAG 2022). Der größte Unzufriedenheitsfaktor unter den weiblichen Beschäftigten in den Unternehmen war 1994 dementsprechend die »berufliche Unsicherheit« (Schütte u.a. 1995: 154). Die im Vergleich mit kapitalistischen Ländern ungewöhnlich gleichgestellte Situation bis 1989 wurde nach der Wende somit durch »regelrechte Entlassungswellen mit einem überproportionalen Anteil

6 Gemeint sind hier Aspekte wie die körperliche Beanspruchung durch manche Tätigkeiten, die die Zusammenarbeit mit männlichen Kollegen notwendig machte (angeführt wird etwa die Arbeit im Gleisrückbau), sowie die langen Nachtschichten, die wenig familienfreundlich waren und damit für Mütter, denen die Reproduktionstätigkeiten damals (wie heute) vermehrt zufielen, problematisch waren.

an Frauen« (ebd.: 23) beendet. Trotz der hohen weiblichen Beschäftigungsanteile und der besonderen Betroffenheit von Braunkohlearbeiterinnen wurde der Strukturwandel der ostdeutschen Kohlereviere in den 1990er-Jahren weitgehend unter dem Leitbild einer männlichen Industriearbeiterschaft gedacht und adressiert. Die Frauen in der Kohle wurden weitgehend vergessen.

2. Kohlekompromiss ohne Geschlecht? Die Arbeit der Kohlekommission

Um der Frage nach den geschlechterpolitischen Leitbildern für einen Arbeitsmarkt der Zukunft in der sozialökologischen Transformation nachzugehen, haben wir die auf den Arbeitsmarkt bezogenen Aussagen des Berichts der Kohlekommission (2019) untersucht. Ausgehandelt wurden hier von 32 Personen die Interessen von Bund, Ländern und Kommunen, von Klimaschutz- und Energiepolitik, von Beschäftigten und Unternehmen in den deutschen Kohlereviere: Helmstedter Revier und Rheinisches Revier in Westdeutschland, Mitteldeutsches Revier und Lausitzer Revier in Ostdeutschland.

Anhand einer strukturierten, qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring/Fenzl 2019) des Abschlussberichts der Kohlekommission (2019) wird im Folgenden gezeigt, welche Leitbilder diese als Zusammenschluss der wichtigsten politischen Entscheidungsträger:innen und Stakeholder:innen betrachtete Kommission verfolgte. Der Fokus unserer Analyse liegt auf dem größten der vier Reviere: dem Lausitzer Revier. Der 278 Seiten lange Bericht wurde von uns auf alle Stellen hin untersucht, die sich mit den deduktiv zusammengestellten Oberkategorien »Frauen«/»Geschlechter«, »Lausitz«, »Ostdeutschland«, »Krise«, »Vergangenheit«, »Zukunft«, »Arbeit« und »Industrie« beschäftigen.⁷ Die These unserer Analyse ist dabei, dass die »Hofierung der Arbeiterklasse« und insbesondere der Industriearbeiter in der DDR (Mau 2019: 47) – die im Westen in anderer Form in Teilen auch bestand – nach den Erfahrungen des Strukturbruchs in der Braunkohle in den Nachwendejahren in einer romanisierten Form und mit Fokus auf die Männer weiterbesteht.

Bei der Lektüre des Materials wird deutlich, dass die Frage nach einer Geschlechterdimension der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungspolitik trotz der Dichte wirtschaftspolitischer Überlegungen und der Evaluierung

7 Der Bericht wurde nicht nur hinsichtlich der genannten Begriffe gelesen, sondern auch nach verwandten Themen und Schlagwörtern durchsucht, die als Unterkategorien mit aufgenommen wurden (etwa weiblich, männlich, Beruf, Arbeitsplatz, Arbeitsmarkt etc.). Wenn eine relevante Textstelle gefunden wurde, wurde der ganze Kontext einer qualitativen Textanalyse unterzogen. Im Zweifel wurde die Textstelle einbezogen und nicht verworfen. Falls die Textstellen sich explizit nicht auf die ostdeutschen Kohlereviere bezogen, wurden sie wieder aussortiert.

verschiedenster Effekte auf die Kohlereviere gänzlich unbeachtet bleibt. Vielmehr finden sich das Leitbild einer regionalen Strukturentwicklung, das explizit industriell gedacht wird, und das Bild einer Industrie, die implizit als männlich verstanden wird. Im gesamten Bericht wurden keine Textstellen zu dem Aspekt »Frauen- und Geschlechterfragen« gefunden, keine einzige Erwähnung von Gleichstellung und nur zwei Erwähnungen der Bedeutung von Familienfreundlichkeit, unter anderem für den Zuzug junger Familien.

Auch die Arbeit der Kommission selbst ist nicht von einer geschlechtergerechten Perspektive gekennzeichnet: Bei den Revierfahrten traf die Kommission zwar verschiedene Stakeholder:innen – darunter in der Lausitz hauptsächlich Kommunal- und Landespolitiker, Betriebsratsvorsitzende und GeschäftsführerInnen verschiedener Betriebe sowie eine Bürgerinitiative und einen evangelischen Pfarrer. Unter all diesen Akteuren waren in Ostdeutschland nur zwei Frauen (beide Geschäftsführerinnen) vertreten, keine einzige Frau in Westdeutschland, und keine zivilgesellschaftlichen Vereine oder Organisationen, die die Förderung von sozialen Innovationen, Daseinsvorsorge oder sozialen Infrastrukturen im weitesten Sinne zum Thema hätten. Dabei zielt Daseinsvorsorge im Sinne einer »lebensweltlichen Rahmung von Erwerbsarbeit« (Lill 2017) auf das Abfedern von Strukturen der Gesellschaft, die stark vergeschlechtlicht sind, weshalb sie für Frauennetzwerke aus der Lausitz zentral ist (Gabler/Schönfelder 2022).

Betonung findet im Bericht in Bezug auf »Ostdeutschland« hauptsächlich das Fehlen größerer Unternehmen des produzierenden Gewerbes und von Innovationsfähigkeit: Die geringe Wirtschaftskraft wird bemerkt (Kohlekommission 2019: 50f.), ebenso der niedrige Anteil der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung »an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Lausitzer und im Mitteldeutschen Revier [von] nur ca. 0,33 %. Der Bundesdurchschnitt liegt hier bei 1,32 %« (ebd.: 53). Letzterer steht im Zusammenhang mit den in den neuen Bundesländern fehlenden Konzernzentralen, in denen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen angesiedelt sind; nur in der fossilen, energieintensiven und optischen Industrie gibt es hier Ausnahmen. Neugründungen liegen in der Lausitz sowie im Mitteldeutschen Revier im unteren Viertel des bundesdeutschen Durchschnitts (im Rheinischen Revier nur knapp darunter) (ebd.).

Der Bericht unterscheidet zwischen den Revieren immer wieder in einer klassischen modernisierungstheoretischen Perspektive, der zufolge sich die ostdeutschen Kohlereviere mithilfe der Strukturförderung nun vom »notwendigen Aufholprozess in Ostdeutschland« (ebd.: 83) positiv abheben müssten. Passend zu dieser Sicht wird eine weitere Differenz markiert und eine geschichtliche Verbundenheit mit der fossilen Industrie betont: »Das Lausitzer

Revier unterscheidet sich von den anderen Revieren in Nordrhein-Westfalen und Mitteldeutschland insofern, als dass hier von einer historisch gewachsenen besonderen Bedeutung der Braunkohlewirtschaft gesprochen werden kann« (ebd.: 74). Bei dieser »besonderen Bedeutung« geht es immer wieder um die Wertschöpfung in der Region in ihrer monoindustriellen Ausrichtung. Als Lösung für die nun wegfallende Bedeutung der Kohleindustrie als Arbeitgeberin wird sodann die »Stärkung der Lausitz als Industriestandort« gefordert, um »eine attraktive und zukunftsgerichtete Wirtschaftsregion mit neuen Wertschöpfungsketten aufzubauen« (ebd.). Mit den Worten von Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU):

»Für uns haben Hoyerswerda und Weißwasser die höchste Priorität. Das sind die Orte, die am stärksten von der aktuellen Entwicklung betroffen sind. Deswegen muss hier als Erstes etwas passieren. Uns geht es ja nicht darum, die Kohle-Arbeitsplätze durch Behörden-Arbeitsplätze zu ersetzen. Wir wollen neue tarifgebundene Arbeitsplätze im Bereich der Wertschöpfung, wo also Leute mit ihren Händen Produkte herstellen.«⁸

Die politische Gestaltung des Kohleausstiegs sieht vor, dass die Kohleindustrie durch andere Industrien, und Kohleindustriearbeitsplätze durch andere Industriearbeitsplätze ersetzt werden. »Der Gradmesser für erfolgreiche Strukturwandelpolitik wird daher die Stärkung der Lausitz als Industriestandort sein« (Kohlekommission 2019: 74). Das Fehlen von Infrastruktur und Fachkräften wird aus dieser Argumentation deduziert, der zufolge industrielle Wertschöpfung auch in der Lausitz weiterhin gesichert werden soll. Die »restriktive Dynamik aus Arbeitsplatzabbau, Abwanderung und demografischer Alterung« (Jacobsen u.a. 2023) in den vergangenen Jahrzehnten wird als Problem der Wirtschaftskraft bearbeitet, nicht umgekehrt die Frage der Wirtschaftskraft und Arbeitsmarktsituation als Problem für die regionale Gesellschaft. Der Kohlekompromiss verbleibt mit dieser Argumentationslinie im Narrativ der Lausitz als wichtigem »Industriestandort« und folgt in seinen Zahlen weitgehend den Darstellungen der LEAG (Kohlekommission 2019: 74, 148). Als »[b]edeutende Branchen im Lausitzer Revier sind neben der Energiewirtschaft im industriellen Bereich die Ernährungswirtschaft, die Chemie-, Papier-, Glas-, Gips- und Kunststoffindustrie, die Metallherzeugung und -bearbeitung und das Herstellen von Metallernzeugnissen, insbesondere im Leichtbau« genannt (ebd.: 75), die jedoch eine weitaus geringere Rolle für die Region spielen als die Kohleindustrie.

8 »Strukturwandel in der Lausitz«, <https://www.saechsische.de/> (11.6.2019).

Wie sieht der Bericht *die Menschen* in den ostdeutschen Revieren? Die Notwendigkeit die »Erfahrungen der Menschen in Ostdeutschland« (ebd.: 4) zu berücksichtigen, findet sich zwar direkt in der Einleitung, jedoch fand im Vorfeld der Arbeit der Kommission keine Erhebung oder tatsächliche Analyse dieser Erfahrungen statt. Wann immer »die Menschen« in den ostdeutschen Revieren genannt werden, werden sie skizziert als Betroffene, die eine »proaktive Strukturentwicklung« zugunsten »zukunftsfähige[r] Modelle industrieller Wertschöpfung« (ebd.) fordern. Die ehemals harten Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Kohlerevieren werden politisch wie medial als »große Opfer« gerahmt, die von den »dort lebenden Menschen [...] abverlangt wurden« und die entscheidend zur »Stärkung des Wirtschaftsstandortes« (ebd.: 2) geführt haben. »Der Zusammenbruch großer Teile der ostdeutschen Industrie nach der Deutschen Einheit hat auch und in hohem Maße in der Braunkohlewirtschaft Wunden hinterlassen« (ebd.: 3f.), weshalb die »dort lebenden Menschen [...] völlig zu Recht die Solidarität von Gesellschaft und Politik« erwarten (ebd.). Bei der Besprechung des Mitteldeutschen Reviers finden sich immerhin an einer Stelle auch die »Bedürfnisse der Menschen«, für die »zukunftsweisende Lösungen u. a. für die Gesundheitsversorgung, das Bildungsangebot, eine bürgerfreundliche Verwaltung, Mobilität und Daseinsvorsorge sowie die bessere Vernetzung von Stadt und Land« (ebd.: 80) gefunden werden sollen. Im Rest des Berichts sowie in Bezug auf die Lausitz sucht man solche Formulierungen vergeblich.

Die Art und Weise, wie die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Strukturwandel geschaffen werden sollen, zeigt sich anhand der zur Förderung bewilligten Projekte: Für die Lausitz haben Sachsen und Brandenburg sich auf fünf »Handlungsschwerpunkte« geeinigt: (1) *Infrastruktur und Daseinsvorsorge*, (2) *Innovation, Forschung und Wissenschaft*, (3) *Wirtschaftsförderung und -entwicklung*, (4) *Fachkräfteentwicklung und -sicherung* sowie (5) *Marketing, Kultur, Kunst und Tourismus*. Wie wir im Folgenden ausführen, finden sich unter den Handlungsschwerpunkten – anders als die Titel suggerieren – kaum Beiträge zur Daseinsvorsorge, zur Kultur und zur sozialen Infrastruktur. Unter den insgesamt 171 gelisteten Projekten Sachsens und 67 Projekten Brandenburgs findet sich außerdem keine Erwähnung gleichstellungspolitischer Maßnahmen.⁹

Unter Infrastruktur und Daseinsvorsorge (Schwerpunkt 1, 53 Projekte in Sachsen, 20 in Brandenburg) bezieht sich das Gros der Projekte (49) allein

9 In einem aktuellen Statusbericht (Markwardt u.a. 2023) der Begleitforschung zur Umsetzung der Strukturfördermaßnahmen, die nach Verabschiedung des Kohlekompromisses gesetzlich auf den Weg gebracht wurden, werden erste Daten zu den Fördervolumina und den damit voraussichtlich verbundenen Arbeitsplätzen skizziert.

auf den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur. Nur sechsmal werden Projekte der Tourismusbranche erwähnt (darunter ein Kindererholungsheim), dreimal die Nutzung und Ökologie der Bergbaufolgelandschaften. Zwei Projekte beziehen sich auf den Ausbau von Breitband- und Glasfasernetzen, zwei weitere auf Siedlungskonzepte für Dörfer der Region. Je ein Projekt bezieht sich auf den Schulbau und Investitionen in Schulstandorte, Radwegenetze, die Nutzung von Power-to-X-Technologien, die Speicherung von Fernwärme, Telemedizin und den Bau einer Kläranlage (ebd.: 150ff.). Die klassische Daseinsvorsorge, die über den Ausbau des Verkehrs und die Digitalisierung hinausgeht, bildet damit nur einen geringen Teil dieser Projekte.

Die Innovationsförderung – Forschung und Entwicklung sowie Wissenschaft – unter Schwerpunkt 2 mit 21 Projekten in Sachsen und 11 Projekten in Brandenburg bezieht sich auf Forschung zu Mobilität, künstlicher Intelligenz, automatisiertem Fliegen und Digitalisierung, zur Braunkohle und weiteren Energien, zu Leichtbau und Energietechnik, Mikrosensorik, Wassernutzung, Smart Cities / Regions sowie in je zwei Projekten zu Biotechnologie und Bioökonomie. Hervorzuheben ist der in diesem Schwerpunkt geplante Gesundheitscampus in Cottbus, der wesentlich zur Daseinsvorsorge beitragen kann.

Die Projekte der Wirtschaftsförderung (Schwerpunkt 3, 25 Projekte in Sachsen, 13 Projekte in Brandenburg) zielen auf die Förderung von Handwerk, Fischerei-, Forst- und Landwirtschaft, Mikroelektronik, Glasfasertechnologie, Luftfahrt, Energiewirtschaft, Bauindustrie, Gewerbegebietsentwicklung, Textilwirtschaft und Tourismus (ein Projekt). Arbeitsmarktpolitik und Fachkräfteentwicklung (Schwerpunkt 4, elf Projekte in Sachsen, drei Projekte in Brandenburg) fördern die Ausbildungs- und Weiterbildungslandschaft der Region. Auch hierbei liegt der Schwerpunkt auf Bereichen wie Ingenieurwissenschaften, Produktionstechnologien, Braunkohle, künstliche Intelligenz und Digitalisierung, nur in einem Projekt auf der Gewinnung von Lehrer:innen für die Region. Lediglich in letzterem Projekt dürften auch Arbeitsplätze jenseits typisch männlicher Branchen entstehen. Dem »Hauptschwerpunkt« 5: *Marketing, Kultur, Kunst und Tourismus* wird weder in Sachsen noch in Brandenburg ein Projekt gewidmet.

Außerdem wird eine sechste Kategorie zu den fünf zu Beginn genannten Hauptschwerpunkten hinzugefügt: »Regionale Verankerung und Beteiligung der Zivilgesellschaft«. Hierunter fallen 22 Projekte in Sachsen (keines in Brandenburg), die die »kulturelle Identität« der Region stärken sollen, etwa die Förderung der sorbischen Sprache und Kultur, die Zusammenarbeit mit Polen, Werbekampagnen für die Region und die Förderung von Kulturveranstaltungen. Ein einziges Projekt (Projektnummer 146) benennt »die Vorphaltung familienfreundlicher Einrichtungen (Schulen, Kitas, medizinische

Versorgung) mit Mitteln des Bundes zur Attraktivitätssteigerung des Verbleibens und des Zuzuges junger Familien in die Braunkohlereviere (Synergieeffekte mit Siedlungskonzepten und Infrastrukturplanung)« (ebd.: 159).

Abgesehen von diesem Projekt taucht der Aspekt der Förderung von Familienfreundlichkeit ebenso wenig auf wie die Gleichstellungsförderung. Innovation, Infrastruktur und Zukunft sind Kategorien, die – so wie sie im Kohlekommissionsbericht gefüllt werden – weitgehend ohne Familien-, Jugend- und Gleichstellungsaspekte auskommen. Arbeit und Wirtschaft werden mit großem Gewicht auf technologieintensive Branchen gefördert, wohingegen die Menschen kaum abseits ihrer Rollen als – vorwiegend materiellen Mehrwert schaffende – Arbeitskräfte gedacht werden.

Zusammenfassend findet sich wenig zur Daseinsvorsorge oder zur sozialen Infrastruktur und nur etwas zur Ökologie sowie zur Kulturlandschaft der Region. Zentral sind weiterhin die Braunkohle und die Braunkohlearbeiter, deren Lebenswerk und Zukunft wirtschaftlich abgesichert werden sollen – weniger die Frage, wie gute Arbeits- und Lebensverhältnisse für alle Bürger:innen in Zukunft geschaffen und gesichert werden können. Die Industrieförderung bleibt der Kern des Plans der Kohlekommission – sowohl in Forschung und Entwicklung als auch in der Frage der Fachkräfteausbildung, der Wirtschaftsförderung oder in Bezug auf die regionale Identität.

Der Bericht der Kohlkommision zeichnet damit das Leitbild einer zu fördernden Industriebearbeiterskultur, die fast gänzlich ohne Geschlecht, ohne private Lebenswelt und ohne *Care*-Arbeit im weitesten Sinne gedacht wird.¹⁰ Eine Engführung der Strukturfördermaßnahmen auf industrielle Wirtschaftsförderung unter Absehung von Geschlecht steht in der Tradition einer Politik, die seit den 1990er-Jahren bewusst oder unbewusst »gleichzeitig auf eine Erodierung und Intensivierung von Geschlecht« (Brodie 2004: 25) zielt. Während eine Nicht-Betrachtung von Geschlechterdimensionen in der Arbeitsmarktpolitik die Förderung klassischer Männerberufe zur Folge hat (die im Osten seit den 1990er-Jahren wieder stärker segregieren), erschwert die Ausblendung der Daseinsvorsorge im Strukturwandel den Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt, da alle *Care*-Tätigkeiten, die (auch in Ostdeutschland)

10 Es soll hier nicht darum gehen, Frauen auf Familie und *Care*-Arbeit und Männer auf »echte« Produktionsarbeit festzulegen, sondern umgekehrt zu zeigen, dass eine Aussparung von Vereinbarkeits- und Geschlechterfragen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Strukturförderungsmaßnahmen des Kohleausstiegs nicht neu ist, und paradoxerweise zu einer Verstärkung von Geschlechterungleichheit führen dürfte (vgl. dazu Soiland 2009). Mit anderen Worten: »Die Art, in der Gesellschaften und Regierungen auf soziale Probleme reagieren, ist äußerst vielfältig, zuweilen unzureichend und gelegentlich kontraproduktiv« (Brodie 2004: 29).

verstärkt von Frauen getätigt wurden und werden, privat aufgefangen werden müssen (siehe den Beitrag von Marlen Borchardt in diesem Heft). Die »De-Thematisierung geschlechterrelevanter gesellschaftlicher Konfliktlagen« (Soiland 2009: 46) verstärkt somit die Neuformierung von Geschlechterhierarchien in der spätkapitalistischen Produktionsweise (ebd.: 48).

3. Industrielle Arbeitsgesellschaft in Ost- und Westdeutschland

Wir interpretieren die leitenden Orientierungen, die im Bericht und in den Empfehlungen der Kohlekommission sowie in der bisherigen Praxis der Strukturwandelförderung zum Ausdruck kommen, als fest verankert in einer weitgehend ungebrochen tradierten gesamtdeutschen *industrialistischen Perspektive* auf Wirtschaft und Gesellschaft. Als Industrialismus verstehen wir mit Martin Baethge (2001: 28) eine »ökonomische Orientierung, [ein] gesellschaftspolitisches Konzept und institutionell[es] Gefüge der Organisation von Arbeit«, das den Normen industrieller Produktionsprozesse folgt: Auf der Ebene der Unternehmen dominieren vertikal hochintegrierte, hierarchische, arbeitsteilige Betriebs- und Arbeitsorganisationsstrukturen mit möglichst standardisierten Produkten, standardisierten Beschäftigungsverhältnissen, eng an betriebliche Erfordernisse anschließende Berufsausbildungen und starke industrielle Beziehungen. Dem entsprechen auf der gesellschaftlichen Ebene das Ideal des Mannes als »Ernährer«, soziale Sicherungssysteme auf Basis von Vollzeiterwerbstätigkeit, berufliche und betriebliche soziale Mobilität, ein korporatistisches Verständnis von Solidarität und vor allen Dingen ein produktionsistisches Verständnis von Arbeit als herstellender Tätigkeit (ebd.: 30ff.). Diese institutionelle Konstellation hat die westdeutsche Arbeitsgesellschaft nachhaltig geprägt. In anderer Form, insbesondere mit einer anderen Norm in Bezug auf die Geschlechterverhältnisse, findet sie sich auch in der ostdeutschen »arbeiterlichen« Gesellschaft (Engler 1999) bis zur Vereinigung: 81 Prozent der Menschen in der DDR sahen sich selbst als Teil der Arbeiterklasse (Grundmann 1997: 10).

Im koordinierten Kapitalismus war die Industriegesellschaft geprägt vom männlichen Familienernährermodell (Trappe u.a. 2015), das trotz großer gesellschaftlicher Umbrüche bis heute wirkmächtig ist. Dies ist vor allem in Westdeutschland der Fall, wo »das modernisierte Ernährermodell die häufigste Erwerbskonstellation bei Paaren mit Kindern« bleibt (Wagner 2020: 30), und Frauen zumeist in kürzerer Teilzeit arbeiten, während der größte Teil des Haushaltseinkommens weiterhin von den Männern erwirtschaftet wird.¹¹

11 In Westdeutschland lebten 2012 noch über 30 Prozent der heterosexuellen Paare mit

Die DDR baute aufgrund ökonomischer Zwänge sowie der Vorstellung einer gleichberechtigten sozialistischen Arbeitsgesellschaft bereits ab den 1960er-Jahren auf das Zweiverdienermodell: 91,1 Prozent aller arbeitsfähigen Frauen waren zum Zeitpunkt der Wende berufstätig, 83,2 Prozent davon in Vollzeit (Winkler 1990).¹² Das Leitbild der Gleichheit aller Erwachsenen sah die Beteiligung von Frauen auch in heute wieder vorwiegend männertypischen Arbeitsbereichen vor und ermöglichte diese durch vielfältige Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehungsweise zur Förderung der Berufstätigkeit oder der Ausbildung der Frauen: Entsprechend reichte die Infrastruktur dafür von der Bereitstellung von Verhütungsmitteln und dem entkriminalisierten Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zur Stärkung der Selbstbestimmung der Frauen, staatlichen Frauenmilch-Sammelstellen für Säuglingsnahrung für Babys nichtstillender Frauen, Tages- und Wochenkrippen für Kinder unter drei Jahren, weiteren Betreuungs- und Freizeiteinrichtungen für ältere Kinder über Essen in Kantinen bis hin zur Freistellung der weiblichen Beschäftigten an einem monatlichen Haushaltstag. Die Vereinbarkeitsfrage war eine zentrale Frage des Arbeitsmarktes und der gesellschaftlichen Organisation. Sie wurde jedoch »primär als Problem der Frauen angesehen« (Schuster/Tügel 1990: 319), sodass die Sphäre der Reproduktionsarbeit auch in der DDR den Frauen zugeschrieben wurde. Die regionale Arbeitsgesellschaft in den Industriezentren der DDR war von diesen Gleichstellungsmaßnahmen nicht ausgenommen, wie die oben skizzierten Maßnahmen zur Förderung der Frauenerwerbsarbeit im Bergbau zeigen.

Der Strukturbruch nach der Wende verdrängte die Frauen in Ostdeutschland vielfach von ebenbürtigen Arbeitsplätzen und erzeugte ein neues, spezifisches Geschlechterverhältnis. Dieses zeigt eine graduelle Re-Traditionalisierung hin zum männlichen Ernährermodell, da zwar die Erwerbsquote von Frauen nur wenig gesunken ist, die Frauen dennoch fast ebenso häufig in Teilzeit tätig sind wie Frauen im westdeutschen Bundesgebiet (vgl. Jacobsen u.a. 2023). Gleichzeitig hat im Gegenteil »der Transformationsprozeß in Ostdeutschland – bei insgesamt vergleichsweise niedrigen Haushaltseinkommen – viele Frauen zu »Haupternährern« ihrer Familien gemacht« (Nickel

Kindern im traditionellen Ernährermodell (Mann erwerbstätig, Frau nichterwerbstätig). Im Osten waren dies lediglich 23 Prozent. Dagegen arbeiten hier in 53,5 Prozent der Paarhaushalte mit Kindern beide Elternteile in Vollzeit (1996 waren dies jedoch noch drei Viertel aller Paare gewesen) (vgl. Holst/Wieber 2014: 969).

12 Die Fürsorgetätigkeiten nahm der sozialistische Staat teilweise selbst in die Hand. So verringerte sich die private Reproduktionsarbeit durch den Ausbau von Kantinen, Krippen und Pflegeheimen enorm. Die Haus- und Sorgearbeit im Haushalt verblieb aber dennoch weitgehend bei den Frauen und wurde von ihnen neben der Vollerwerbstätigkeit geleistet.

1999a:15). In Cottbus, der größten Stadt der Niederlausitz, zeigt sich dies unter anderem in einem »umgekehrten« Gender Pay Gap, bei dem Frauen mehr verdienen als Männer (Pflücke 2019). Insgesamt hat der Vereinigungsprozess innerhalb weniger Jahre – angefangen mit der »zunehmenden weiblichen Langzeitarbeitslosigkeit in Ostdeutschland bis zur Zunahme der Armut von zumeist weiblichen Alleinerziehenden – die Schlechterstellung von Frauen« (Nickel 1999a: 15) gegenüber der Situation im Erwerbssystem der DDR mit sich gebracht. Wie sind vor diesem Hintergrund die aktuellen Positionen und Maßnahmen zur Strukturförderung nach dem Kohleausstieg einzuschätzen? Welche gleichstellungspolitischen Maßnahmen werden von anderen Akteuren vorgeschlagen, welche Leitbilder hinsichtlich der Zukunft der Menschen in der Braunkohleregion existieren neben dem industrialistischen Bild?

Verschiedene regionale Akteure außerhalb der Kohlewirtschaft betonen, dass es heute nicht (mehr nur) darum gehen könne, Industriearbeitsplätze in der Region zu fördern. Vielmehr sei es nötig, in Infrastruktur wie den Ausbau des ÖPNV, in Freizeitangebote, Kinderbetreuung und Einkaufsmöglichkeiten (Gabler u.a. 2016: 21f.) zu investieren, um insbesondere junge Frauen und Familien in der Region zu halten oder dorthin zu ziehen. Zahlreiche Akteure, angefangen bei gleichstellungspolitischen Netzwerken wie »F wie Kraft« (2021) und dem Bündnis regionaler Gleichstellungsbeauftragten über gemeinnützige Vereine wie die Lausitzer Perspektiven e.V. (2020) oder Kirchen bis hin zu BürgermeisterInnen verschiedener Parteien, setzen sich für »eine funktionierende soziale Infrastruktur«¹³ in den Braunkohlegebieten ein. Sie bedauern, dass etwa »Kitas und Schulen nur im Ausnahmefall komplett mit den Strukturhilfen zu finanzieren sind« (ebd.). So wird etwa Dagmar Schmidt, Vorsitzende von Lausitzer Perspektiven mit den Worten zitiert: »Bislang haben die Interessen der Kohlewirtschaft in der Lausitz alles andere dominiert – für Themen wie Dorfentwicklung, lokale Infrastruktur, örtliche Versorgung blieb da bislang nicht viel Platz« (EKBO 2019: 1).

Die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure, die eine andere Perspektive als die der Kohleindustrie einbringen, erhält vielfach nur eine kurzfristige Finanzierung oder gerät durch das Erstarken eines »autoritären Populismus« (Haas 2020) in der Lausitz unter starken Druck,¹⁴ anders als die Arbeit der stärker industriepolitisch orientierten Seite. Am Ende ist die von vielen zi-

13 »Eine zweite Wende im Revier«, <https://www.nd-aktuell.de/> (26.5.2022).

14 Die Förderung des Netzwerks »F wie Kraft« etwa endete bereits 2020; die Arbeit des Zentrums für Dialog und Wandel der evangelischen Kirche musste nach nur 15 Monaten die Kündigung des amtierenden Pfarrers annehmen – immerhin war die Position der evangelischen Kirche anders als die der anderen zivilgesellschaftlichen Akteure in den Kommissionsbericht eingeflossen.

vilgesellschaftlichen Akteuren geforderte soziale Infrastruktur in den zugesagten 17 Milliarden Euro Strukturfördermitteln kaum enthalten, weshalb »harte Arbeit« von Frauen für »weiche Standortfaktoren« (F wie Kraft 2021) geleistet werden müsse. Neben diesen Faktoren spielt für Frauen in den (ehemaligen) Braunkohlegebieten die Daseinsvorsorge eine wichtige Rolle, ebenso aber ihre Wahrnehmung »als Arbeitnehmerinnen und Selbstständige, als qualifizierte Köpfe, als Mütter und Partnerinnen, als Verantwortungsträgerinnen in Kommunen, in der Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft« (Gabler/Schönfelder 2022: 9). Kontinuierlich fehlt so seit den 1990er-Jahren die Anerkennung von Frauen als Erwerbstätige und als besonders vom Strukturwandel Betroffene: Damals bestand die »Notwendigkeit einer »frauenfördernden« Politik im Bergbau« (Schütte u.a. 1995: 115); heute besteht die Notwendigkeit einer Gleichstellungspolitik im Kohleausstieg. Vielen in der Öffentlichkeit auftretenden verantwortlichen Akteuren ist klar, dass es darum gehen muss, die Bergbauregionen und insbesondere die brandenburgische und sächsische Lausitz auch für Frauen attraktiv zu gestalten. Eine Strukturförderpolitik, die am industrialistischen Konzept festhält, verfehlt dieses Ziel.

4. Fazit

Für große Teile der Bevölkerung in der Lausitz besteht das Problem heute nicht länger im Ausstieg aus der Kohle – der liegt bereits zu 90 Prozent in der Vergangenheit (Jacobsen u.a. 2023). Aber diese Vergangenheit ist der Schlüssel, um das Festhalten am industrialistischen Leitbild in der Strukturpolitik des Kohleausstiegs zu verstehen: Nach der Wende erodierte die Vollarbeitsgesellschaft der DDR innerhalb weniger Jahre, in der Lausitz brach die Braunkohle sowohl in Produktionsmengen wie in Beschäftigungszahlen massiv ein. Insgesamt galten in Ostdeutschland zunächst besonders Frauen als »Modernisierungsoffer« oder »Vereinigungsverliererinnen« (Nickel 1999a: 15). Neben dem Verlust an Beschäftigung und Wertschöpfung fand auch ein Verlust an junger, erwerbstätiger, insbesondere auch weiblicher Bevölkerung statt, während die starke familiäre und regionale Verbundenheit der Bevölkerung bestehen blieb.

Der Kohlekompromiss, mit dem ein Fahrplan zur politischen Gestaltung des Ausstiegs aus der Braunkohle in Deutschland ausgehandelt werden sollte, liefert hierfür keine Antworten. Er impliziert, wie gezeigt wurde, eine Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktpolitik, die zentriert ist auf die Fortschreibung einer industriellen, vorwiegend als männlich gedachten Arbeitswelt. Nicht mitgedacht und adressiert werden Faktoren wie die Förderung der sozialen Infrastruktur und der Daseinsvorsorge, um die Attraktivität für junge Fami-

lien zu erhöhen. Auch die Förderung mehrheitlich weiblich dominierter Arbeitsbereiche in der Region außerhalb technologieintensiver Industrien wäre ein Weg, um gut ausgebildete, weibliche Arbeitskräfte in der Region zu halten. Wichtige Ansatzpunkte hierfür bieten die Ansiedelung von Arbeitsplätzen in Bundesbehörden und die Entwicklung des geplanten Gesundheitscampus.

Der statistische Männerüberschuss seit den 1990er-Jahren hat zu einer starken »demografischen Maskulinisierung« mit »diversen Folgeproblemen« (Mau 2019: 197f.) bis weit in das 21. Jahrhundert geführt. Die Gesellschaft der »genügsamen Zurückbleiber«, »trotzigen Macher« sowie »Verbitterte[n] und Resignierte[n]« (ebd.: 198f.) zeigte bald gewaltvolle Seiten.¹⁵ Sie mündet heute, so könnte man zuspitzen, in einer »ostdeutsche[n] Variante des *angry white man*«,¹⁶ in der »Weichheit, feminine Attribute und Schwäche [...] abgelehnt« werden (ebd.: 198).¹⁷ Die »Gegenwelten« der »ostdeutschen *stayer*« (ebd.: 199) sind in der Lausitz eng verbunden mit der Braunkohle – der letzten Bastion gut entlohnter Industriearbeit in der Region. Die harte Realität der Braunkohleförderung und -verarbeitung der Vergangenheit wird heute umgedeutet in eine Kultur der Industriearbeit, an der festgehalten werden soll. So entsteht eine Spirale, bei der das Beharren auf der Braunkohle zwar keine Industriearbeit schafft, jedoch das Entstehen von guten Alternativen – gerade für junge Frauen – verhindert und sie wieder verdrängt. Dabei schätzen Wirtschaftswissenschaftler:innen die Zukunftsfähigkeit einer solchen Politik wenig realistisch ein: »Wirtschaftspolitisch ist ein hoher Anteil industrieller Wertschöpfung jedenfalls keine sinnvolle Zielgröße« (vgl. Nagel/Zundel 2021: 16): Erstens »sind Industriearbeitsplätze nicht automatisch auch hochwertige Arbeitsplätze – zumindest nicht in der Lausitz« (ebd.: 15). Zweitens ist es problematisch, tarifgebundene Industriearbeitsplätze zu versprechen. Denn dafür müssten die industriellen Beziehungen weitaus expliziter gestärkt werden als bisher erkennbar. Drittens schließlich ist nicht

15 Die industriearbeiterliche, männliche Kultur der DDR wurde etwa im Film *Spur der Steine* (1966) aufgegriffen. Die gewaltvolle Nachwendezeit, die nicht nur auf den genannten »Männerüberschuss« zurückzuführen ist, wird zurzeit vielfach aufgearbeitet, siehe die Reihe »Baseballschlägerjahre« der ZEIT, die Dokumentation »Generation Crash – Wir Ost-Millennials« des MDR (4.7.2023) oder den Roman *Als wir träumten* von Clemens Meyer (2006) beziehungsweise dessen Verfilmung von Andreas Dresen (2015). Auch die Romane *Mit der Faust in die Welt schlagen* von Lukas Rietzschel (2018) und *1000 Serpentinengänge* von Olivia Wenzel (2020) handeln davon sowie vom damit zusammenhängenden Rechtsruck und Rassismus. *Kinder von Hoy* von Grit Lemke (2021) zeigt die Transformation der Oberlausitzer Stadt Hoyerswerda und deren Auswirkungen auf die Menschen.

16 »Wutbürger« im Osten Deutschlands. Vom Verdruss an der Demokratie«. Deutschlandfunk. URL: <https://www.deutschlandfunk.de/> (2.1.2019).

17 Für Vergleiche zur Frage des Ausstiegs aus der rohstofffördernden Schwerindustrie im Zuge der Deindustrialisierung in den USA siehe auch Hochschild (2016).

davon auszugehen, dass der säkulare Tertiarisierungsprozess aufgehalten oder gar umgekehrt werden kann.

Bei Teilen der Bevölkerung in der Lausitz besteht eine wenig aufgearbeitete Desillusionierung fort, die auf den Krisenerfahrungen der Nachwendejahre basiert. Sie macht ein politisches Festhalten an Industriearbeit zu einem gefährlichen Unterfangen, das leicht zu neuen Enttäuschungen führen kann. Das spielt der Abwehr von Veränderung in die Hände, die ein guter Teil der Erklärung für die hohen Zustimmungswerte zu extrem rechten Parteien in der Lausitz sein dürfte: Die AfD in der sächsischen und brandenburgischen Lausitz profiliert sich als Gegnerin der Energiewende und treibt an zu einem ungewöhnlich starken Beharren auf der Kohle (Haas 2020). Bei einem anderen Teil der Bevölkerung besteht jedoch eine gegensätzliche Enttäuschung darüber, dass die Regionalentwicklung seit den 1990er-Jahren nicht auch sie in den Blick nimmt: jene, die jenseits von Braunkohle und industrieller Wertschöpfung ebenfalls die Lausitz ausmachen.

Literatur

- Baethge, Martin (2001): Abschied vom Industrialismus: Konturen einer neuen gesellschaftlichen Ordnung der Arbeit. In: Baethge, Martin / Wilkens, Ingrid (Hg.): *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung*. Wiesbaden: 23-44. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-663-09717-4_2.
- Brodie, Janine (2004): Die Re-Formierung des Geschlechterverhältnisses: Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen. In: *Widerspruch* 24(46): 19-32.
- BMWK (2021): Pressemitteilung 16.03.2021. Altmaier zum Klimaziel 2020: »Klimaziel 2020 wird erreicht. Energiesektor liefert größten Beitrag«. URL: <https://www.bmwk.de/>, Zugriff: 5.7.2023.
- Engler, Wolfgang (1999): *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin.
- EKBO (2019): Beim Kohleausstieg sollen die Menschen in der Lausitz den Strukturwandel selbst in die Hand nehmen. URL: <https://zdw.ekbo.de/>, Zugriff: 20.5.2023.
- F wie Kraft (2021): »F wie Kraft – Frauen als Wirtschaftsfaktor für die Lausitz« abgeschlossen. URL: <https://www.hszg.de/>, Zugriff: 20.5.2023.
- Förster, Frank (1990): *Um Lausitzer Braunkohle. 1849-1945*. Bautzen.
- Gabler, Julia u.a. (2016): Wer kommt? Wer geht? Wer bleibt? Eine Studie zur Verbesserung der Verbleibchancen qualifizierter Frauen im Landkreis Görlitz. Hg. v. Landratsamt Görlitz. Görlitz. URL: <https://media.lk-goerlitz.active-city.net/>, Zugriff: 20.5.2023.
- Gabler, Julia / Schönfelder, Sînziana (2022): *Struktur wandel dich – Struktur, wir wandeln dich*. Dokumentation der Konferenz des Bündnisses der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz zum Strukturwandel am 16.09.2022 in Spremberg. URL: <https://trawos.hszg.de/>, Zugriff: 22.6.2023.
- Goedicke, Anne / Trappe, Heike (2002). Der geschlechtsspezifische Wandel des Arbeitsmarktes in Ost- und Westdeutschland. In: Schäfer, Eva (Hg.): *Vollendete Wende? Geschlechterarrangements in Prozessen des sozialen Wandels*. Berlin: 12-39. URL: <https://www.rosalux.de/>, Zugriff: 22.6.23.
- Grundmann, Siegfried (1997): *Die Sozialstruktur der DDR. Versuch einer Rekonstruktion auf der Basis einer 1987 durchgeführten soziologischen Untersuchung*, WZB Discussion Paper FS III. Berlin: 97-402.

- Haas, Tobias (2020): Die Lausitz im Strukturwandel: Der Kohleausstieg im Spannungsfeld zwischen autoritärem Populismus und progressiver Erneuerung. In: PROKLA 198 50(1): 151-169. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i198.1853>.
- Hochschild, Arlie (2016): Strangers in their own land. Anger and mourning on the American right. New York.
- Holst, Elke / Wieber, Anna (2014): Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn. In: DIW-Wochenbericht 81(40): 967-975. URL: <http://hdl.handle.net/>, Zugriff: 30.6.2023.
- Jacobsen, Heike (1994): Frauenerwerbsarbeit im Strukturwandel des Ruhrgebiets. In: Beckmann, Petra / Engelbrech, Gerhard (Hg.): Arbeitsmarkt für Frauen 2000 – Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 179. Nürnberg: 370-397.
- / Knuth, Matthias / Pflücke, Virginia Kimey (2023): Der Arbeitsmarkt der Lausitz vor dem Kohleausstieg. In: WSI-Mitteilungen 76(4): 243-250.
- Kohlekommission (2019): Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«. Abschlussbericht. Stand: Januar 2019. Hg. v. BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie): URL: <https://www.bmwk.de>, Zugriff 22.6.2023.
- Lausitzer Perspektiven e.V. (2020): Lausitzer Erklärung. URL: <https://lausitzer-perspektiven.de/>, Zugriff: 4.7.2023.
- LEAG (2022): Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG: Fünf Fragen an Jörg Waniek. URL: <https://www.erfolgskfaktor-familie.de/>, Zugriff 22.6.2023.
- Lieder, Gabriele (1995): Umbruch in der ostdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie. In: Gensior, Sabine (Hg.): Vergesellschaftung und Frauenerwerbsarbeit: Ost-West-Vergleiche. Berlin: 177-216.
- Lill, Max (2017): Verfestigung von männlicher Herrschaft im Finanzmarktkapitalismus? In: Arbeits- und Industriesoziologische Studien 10(1): 5-22.
- Markwardt, Gunther u.a. (2023): Statusbericht. Im Osten was Neues? Strukturwandel in der Lausitz – eine Zwischenbilanz. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. URL: <https://www-docs.b-tu.de/>, Zugriff: 21.7.2023.
- Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Mayring, Philipp / Fenzl, Thomas (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina / Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: 633-648. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-21308-4_42.
- Nagel, Marius / Zundel, Stefan (2021): Legenden oder Leitbilder? Ausgewählte Narrative der Lausitz. URL: <https://www-docs.b-tu.de/>, Zugriff: 11.6.2023.
- Nickel, Hildegard Maria (1999a): Industriegesellschaft am Ende – Arbeit abgeschafft? Frauen und der Geschlechterkampf um Erwerbsarbeit. In: Stolz-Willig, Brigitte / Veil, Mechthild (Hg.): Es rettet uns kein höh'res Wesen. Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft. Hamburg: 9-28. DOI: <http://dx.doi.org/10.25595/288>.
- (1999b): Lebenschancen von Frauen in Ostdeutschland: Risiken und Optionen der Neuformierung von Frauenerwerbsarbeit. In: Glatzer, Wolfgang / Ostner, Ilona (Hg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Opladen: 255-264. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-99707-4_16.
- Pflücke, Virginia Kimey (2019): Cottbus – die große Ausnahme? Arbeitsbedingungen und Einkommen von Frauen und Männern in regionaler Perspektive. Vortrag auf der Tagung »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?« an der BTU Cottbus-Senftenberg am 19.9.2019.
- Pollack, Detlef (1997): Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland. In: ApuZ 13. Bonn: 3-14.
- Schuster, Martina / Tügel, Annegret (1990): Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Kindererziehung: Ein Vergleich von Leitbildern und Regelungen in der DDR und in der BRD. In: Arbeit Und Sozialpolitik 44(8/9): 318-325. URL: <http://www.jstor.org/>, Zugriff: 20.5.2023.

- Schütte, Ilse u.a. (1995): Frauenarbeit im ostdeutschen Braunkohlenbergbau. Perspektiven von Frauen in einer »Männerbranche«. Dortmund.
- Soiland, Tove (2009): Gender als Selbstmanagement. Zur Reprivatisierung des Geschlechts in der gegenwärtigen Gleichstellungspolitik. In: Andresen, Sünne u.a. (Hg.): Gender und Diversity: Albtraum oder Traumpaar? Wiesbaden: 35-51. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-91387-2_4.
- Statistik der Kohlenwirtschaft (2022): Daten & Fakten. Braunkohle im Überblick 1989-2022. Stand: 03/23. URL: <https://kohlenstatistik.de/>, Zugriff: 7.5.2023.
- Trappe, Heike u.a. (2015): The rise and decline of the male breadwinner model: Institutional underpinnings and future expectations. In: European Sociological Review 31(2): 230-242. DOI: <https://doi.org/10.1093/esr/jcv015>.
- Vogel, Berthold (1999): Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Konsequenzen für das Sozialgefüge und für die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels. SOFI-Mitteilungen Nr. 27, 4/1999: 15-22.
- Wagner, Susanne (2020): Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht: Ergebnisse der IAB-Arbeitszeitrechnung nach Alter und Geschlecht (AZR AG) für die Jahre 1991-2019. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung-, Forschungsbericht Nr. 16/2020. URL: <https://www.econstor.eu/>, Zugriff: 6.7.2023.
- Winkler, Gunnar (1990): Frauenreport '90. Berlin.



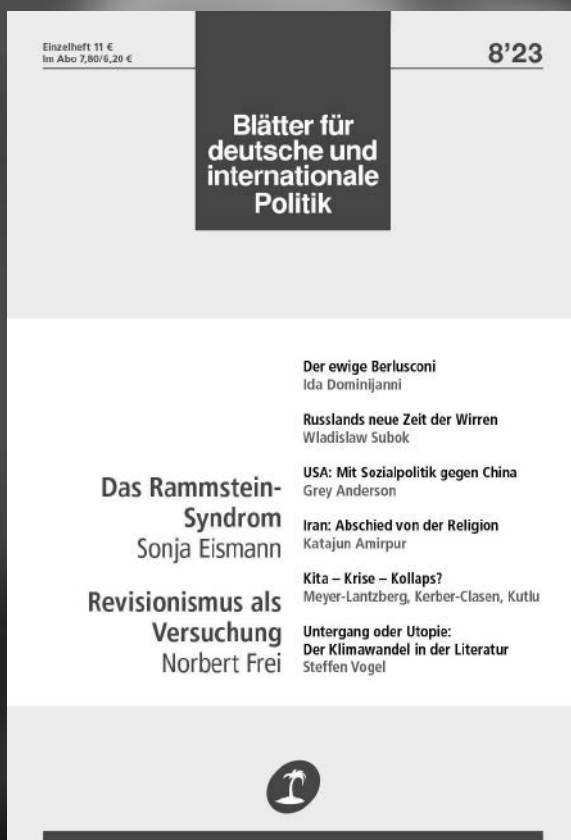
die graswurzelrevolution kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Normalabo/ Auslandsabo: 45 / 55 €
Förderabo/ Auslandsförderabo: 68 / 78 €
Schnupperabo/ Auslandsschnupperabo (3 Ausgaben): 9 / 12 €
Sozialabo: 25 € | pdf-Abo: 38 €
www.graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.




Der Kampf um die ost-deutsche Zivilgesellschaft



Nur für kurze Zeit: 3 Monate »Blätter«
print & digital, 15 Euro | blaetter.de